

Informationsgespräch mit der Firma BFO , vertreten durch Inga, Bärbel und Friedhard Osterloh sowie mit Herrn Schrandt von der Firma I-Power/ BS +, Herrn Metz und Herr Malik

Bürgermeister Pieper erklärt, dass Familie Osterloh um dieses Gespräch gebeten habe. Hier solle ein Austausch zwischen den Verwaltungsausschussmitgliedern, Ratsmitgliedern und den o.g. Teilnehmern ermöglicht werden. Ein direkter Austausch sei in dieser Angelegenheit sehr wichtig.

Frau Bärbel Osterloh begrüßt alle Teilnehmer und bedankt sich für die Möglichkeit, sich im Vorfeld der Verwaltungsausschusssitzung austauschen zu können. Sie erklärt, dass Familie Osterloh schon sehr lange mit der Firma BS+ zusammenarbeite und die Herren zum Thema die inhaltlich sachlichen ausführen würden.

Herr Schrandt erklärt, dass es offensichtlich viele Missverständnisse in dieser Angelegenheit gebe und fasst noch einmal die Historie zusammen. Die Gremien der Gemeinde Wiefelstede haben mehrheitlich für ein Nahwärmenetz mit Energiezentrale gestimmt. Dieser Beschluss sei Grundlage für das Konzept, das vom Ingenieurbüro geplant wurde. Ursprünglich gab es aus der Ausschreibung die Vorgabe, eine 100%ige Versorgung mit Erdgas. Es wurde keine Technologie ausgeschrieben sondern Primärenergiefaktor und Wärmepreis seien für die Entscheidung über die Auftragsvergabe maßgebend gewesen. Lediglich Holz als regenerative Energie und Erdwärme wurden ausgeschlossen. Erdwärme aufgrund der Tatsache, dass sich das Baugebiet in einem Wasserschutzgebiet befindet und der OOWV hier keine Geothermie mit Tiefensonden zulassen würde.

Durch verschiedene Gesetzesänderungen im Oster- und Sommerpaket der Bundesregierung gebe es mittlerweile sehr starke Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anlagen und deren Förderung. Einschränkungen, sodass nur noch zwei Möglichkeiten für regenerative Energien übrig bleiben. Diese seien grünes Gas/Strom und Luftwärmepumpen. In Bezug auf das Projekt seien die Konzepte ständig weiterentwickelt worden.

Bei Zuschlagserteilung ging man von einem 100 %igen Anteil von Biomethan für den Betrieb des BHKW aus. Hierfür gibt es heute keine Technologie, die effizient ist. In der Presse wurde fälschlicherweise berichtet, dass Erdgas verwendet werde. Dieses wurde in den Medien nie berichtet. So hatte das Projekt den „Erdgastempel“ aufgedrückt bekommen. Zwei rechtliche Vorgaben seien deutlich geändert worden. Deshalb mussten die Planungen technisch angepasst werden. Dieses sei auch zulässig, solange der Primärenergiefaktor geliefert werde, der angeboten wurde.

Durch den Ukraine-Krieg und der daraus folgenden verschiedenen Gesetzesänderungen ist das Betreiben der Anlage als reiner Biomethantrieb nicht mehr darstellbar. Er als Planer würde den an BfO erteilten Vertrag übernehmen, was nach der Stellungnahme des Büro Görg auch zulässig sei, wie auch die Fortschreibung des Technologie Konzeptes.

Die Landesregierung befürworte ausdrücklich Nahwärmenetze. Sie seien Teil der Strategie zur Wärmeversorgung von Wohnbaugebieten. Das Konzept sei nach wie vor zukunftsweisend und gut. Es könne ein grünes Projekt als Leuchtturm für Wiefelstede werden. Es sei die bestmögliche Art CO²-geminderte und bezahlbare Wärme zu erzeugen.

Er sei verwundert darüber, dass man nach einer Ausschreibung und einem vergebenen Auftrag alles in Frage stelle und hält die Diskussion für ein Politikum.

Es müsse entschieden werden über einen Betreiberwechsel sowie über einen Technologiewechsel, erklärt Schrandt. Dies sei im Muster-Gestattungsvertrag sowie im AVB-Fernwärme geregelt.

Bürgermeister Pieper erwidert, dass ein aktiver Beschluss bestehe, im Neubaugebiet Grote Placken ein Nahwärmenetz zu installieren und zu betreiben. Aufgrund dieses mit großer Mehrheit gefassten Beschlusses die Ausschreibung erfolgt und der Vertrag geschlossen worden, den der Unternehmer erfüllen müsse. Ob der Vertrag an ein Drittunternehmen übertragen werden könne, sei in den beiden Gutachten unterschiedlich beantwortet. Die Gemeinde habe in jedem Fall jedoch einen Vertragserfüllungsanspruch. Heute sei darüber zu entscheiden, ob dieser Vertragserfüllungsanspruch einzufordern sei. Grundsätzlich halte Bürgermeister Pieper das Projekt auch für gut und zukunftsweisend.

Herr Metz erklärt, dass es zwei Gutachten gebe, die völlig konträr seien. Wenn der Auftrag nicht von einem Drittunternehmen übernommen werden könne, wäre die Lösung ein Beteiligungsmodell. Frau Osterloh bittet eindringlich darum, eine gute Lösung für den Betreiber sowie für die zukünftigen Hauseigentümer zu suchen.

Ratsmitglied Kuck erklärt, dass es sehr viele offene Fragen gebe. Sicherlich gebe es auch einen Grund, warum die EWE diese Netze nicht anbiete. Sie sei verwirrt, weil es im Vortrag nur um die zukünftige Betreiberfirmen ging.

Auch Ratsmitglied Koch moniert, dass so viele Firmen im Spiel seien. Die Rede sei von BFO, I-Power, BS+, BS-Invest und BSI. Es sei schwierig, hier den Überblick zu behalten.

Herr Schrandt antwortet, dass er Gesellschafter der Firmen I-Power, BS-Plus und BS-Invest sei. Es sei übliche Praxis, dass eine neue Firma für den Betreiber gegründet werde. Aufgrund des begrenzten Zeitfensters bei der Ausschreibung sei das oft gar nicht anders darzustellen. Im § 11 sei die Übergangsklausel für die Vertragsübergabe geregelt. Dafür wurde die Firma IFO (Inga und Friedhard Osterloh)gegründet.

Beigeordneter Eilers betont, dass man kurzfristig zu einer Lösung kommen müsse, die den Anforderungen der Kanzlei Schonebeck genüge. Man dürfe keine Zeit mehr verlieren.

Beigeordneter Siemen merkt an, dass die IFO ein ein Unternehmen der Familie Osterloh sei. Dieses Unternehmen könne den Auftrag rechtlich einwandfrei ausführen. Die Beteiligung weiterer Akteure an diesem Unternehmen entzieht sich dem Einflussbereich der Gemeinde, erfülle jedoch auch die Anforderungen von Herrn Schonebeck. Familie Osterloh bestätigte, dass der Vertrag dann von IFO erfüllt werden könnte/würde.

Abschließend bedankt Bürgermeister Pieper sich bei den Gästen.